

lichen und Kap. 80 Tit. 10 des ordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1898/99.

(Nr. 803.) Bericht derselben Deputation über den mit dem Königl. Dekret Nr. 3 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über den Urkundenstempel.

(Nr. 804.) Bericht derselben Deputation über den mit dem Königl. Dekret Nr. 3 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes über die Erbschafts- und Schenkungssteuer.

(Nr. 805.) Bericht der Finanzdeputation B über das Königl. Dekret Nr. 22, die Einnahmen und Ausgaben bei dem Domänenfonds in den Jahren 1895 und 1896 betreffend.

(Nr. 806.) Bericht derselben Deputation über Tit. 75 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1898/99, Erweiterung der Haltestelle Deuben und des Bahnhofes Hainsberg oder Errichtung eines neuen gemeinsamen Bahnhofes Deuben-Hainsberg (erste Rate, Berechnungsgeld) betr.

(Nr. 807.) Bericht derselben Deputation über Tit. 54 und 55 des außerordentlichen Staatshaushalts-Etats für 1898/99, Erweiterung des Hafens in Riesa, einschließlich Gleis-herstellungen und Straßenverlegung (erste Rate) und Herstellung einer neuen Verbindungsbahn zwischen Hafen und Bahnhof Riesa, einschließlich Herstellung neuer Rangirgleise an diesem Bahnhofs betr.

(Nr. 808.) Bericht der Beschwerde- und Petitionsdeputation über die Petition der Vertrauenspersonen der baugewerblichen Arbeiter des Königreichs Sachsen, den Arbeiterschutz im Baugewerbe betr.

(Nr. 809.) Antrag zum mündlichen Berichte derselben Deputation über die Petition des Viehhändlers Clemens Rhede in Burkau um Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der Vorsichtsmaßregeln gegen Einschleppung der Maul- und Klauenseuche.

(Nr. 810.) Antrag zum mündlichen Berichte derselben Deputation über die Petition des G. M. Ebert, Lehrer emer. in Leipzig, den Schutz schulpflichtiger Kinder vor Unfittlichkeit betr.

Präsident: Alle diese Sachen zur Schlußberatung auf eine Tagesordnung.

Entschuldigt sind für heute wegen dringender Geschäfte Herr Abg. Dabritz und Herr Abg. Gontard.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hat sich das Wort der Herr Vizepräsident Georgi erbeten. Ich gebe es ihm.

Vizepräsident Georgi: Meine Herren! Der Oberbürgermeister von Greiz, Herr Thomas, hat sich in einem Schreiben an mich gewendet, in dem er ausführt, daß in der Presse ein offizieller Bericht der Finanzdeputation B der Zweiten Kammer über die geplante Erweiterung des Greizer Bahnhofes verbreitet wäre, in welchem sich der Passus finde, daß die „Ab-

sicht, die Interessen von Greiz durch die vorsorglich geplante Erweiterung der dortigen Bahnhofsanlagen thunlichst zu fördern, weder seitens der Allgemeinheit noch der einzelnen eine Unterstützung oder Berücksichtigung gefunden hätte.“

Dieser Passus habe nun in Greiz ein berechtigtes Aufsehen erregt, und es dürfe nicht Wunder nehmen, daß man auf die städtische Verwaltung, als Vertreterin der Allgemeinheit, den Vorwurf einer mangelnden Unterstützung und Berücksichtigung abzuladen sich für berechtigt hielt. Aber, wie es auch der Königl. Generaldirektion wohl bekannt sei, sei weder dem Oberbürgermeister Thomas, noch sonstwie der „Allgemeinheit“ eine Mittheilung darüber zugegangen, worin die vorsorgliche Erweiterung der hiesigen Bahnhofsanlagen bestände. Lediglich Gerüchte darüber hätten in der Luft geschwebt, es sei der Generaldirektion bekannt, daß der Vorstand der fürstlich reußischen Residenzstadt, der Oberbürgermeister Thomas, wiederholt sein reges Interesse an der Bahnhofserweiterung und seine Bereitwilligkeit, seine Dienste zur Verfügung zu stellen, angeboten habe. Es werden zum Belege hierfür dann einzelne bestimmte Beispiele angeführt, in denen eine derartige Dienstleistung seitens der städtischen Verwaltung erfolgt sei. Es wird dann weiter daran die Versicherung geknüpft, daß der Oberbürgermeister auch jetzt wieder, wie immer seine Dienste, wenn sie gewünscht würden, gern zur Verfügung stelle. Es knüpft sich dann daran die Bitte an mich, in irgend einer geeignet erscheinenden Weise diese Dinge zur Kenntniß der hohen Kammer zu bringen.

Meine Herren! Es ist mir als eine Pflicht der Loyalität erschienen, diesen Wunsch zu erfüllen. Greiz hat ja keine Vertretung in diesem Hause, kann selbstverständlich keine haben, und ich bin der gewiß von Ihnen allen getheilten Meinung, daß, da Sachsen den Eisenbahnbetrieb im Fürstenthume Reuß übernommen hat, für uns hier auch daraus die Pflicht erwächst, die dabei beteiligten Interessen der reußischen Staatsangehörigen gerade so gut zu wahren, wie die unserer sächsischen Landsleute.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Zeidler zur Abgabe einer Erklärung.

Abg. Zeidler: Als Berichterstatter der Deputation erlaube ich mir hierauf folgendes zu erwidern. Die Deputation erkennt nach Lage der Sache keinen Grund an, wegen der Angelegenheit spezielle Erklärungen abzugeben. Die hohe Preisforderung war ihr auffallend, und sie gab dem in ihrem Berichte Ausdruck. Mit Vergnügen hat sie aus dem abschriftlichen Schreiben